

Haushaltsrede Freie Wähler / FDP Leinfelden Echterdingen, 15.12.2020

Stellungnahme der FW/FDP-Gemeinderatsfraktion zum Haushaltsplanentwurf 2021

Dr. Eberhard Wächter

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Klenk, sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin Noller, sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Kalbfell, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinde- und des Jugendgemeinderats, meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Haushalt für das kommende Jahr 2021 wird ein besonderer sein, ebenso wie es der Haushalt des Jahres 2020 schon war, der seit langer Zeit wieder einmal einen Nachtragshaushalt erforderte.

Die weltweite Corona-Pandemie, die sich seit Januar 2020 in alle Winkel der Erde ausgebreitet hat, macht auch vor unserer Stadt Leinfelden-Echterdingen nicht Halt. Und so müssen auch wir in Gemeinderat und Stadtverwaltung gleichermaßen uns auf diese krisenhafte Situation einstellen. Vieles hat sich verändert, musste angepasst werden - auch die Art und Weise wie wir Gemeinderatssitzungen abhalten. Hygienemaßnahmen und Kontaktbeschränkungen führen nun auch dazu, dass die Haushaltsreden in diesem Jahr eine Zeitbegrenzung auf 15 Minuten erfahren, wie wir im Gemeinderat in gegenseitigem Einvernehmen beschlossen haben.

Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, verzichtet die Fraktion Freie Wähler/FDP in diesem Jahr auf eine Durchforstung des Haushaltes auf Einzelposten und zeitintensive Nachfragen. Wir versuchen uns auf das Wesentliche zu beschränken.

Und wesentlich sind für uns die großen Zahlen des Ergebnishaushaltes: Rückgang der Gewerbesteuererinnahmen auf 32 Mio. Euro, Steigerung der Personalausgaben auf 39,4 Mio. Euro, Einnahmen von 116,2 Mio. Euro stehen Ausgaben von 134,5 Mio. Euro gegenüber, das ordentliche Ergebnis rutscht mit Minus 18,3 Mio. Euro tief in die roten Zahlen, unsere Liquidität sinkt rapide ab.

Sicherlich könnte man nun sagen, dass dies alles Folgen der Corona-Krise sind und somit vorübergehender Natur. Aus unserer Sicht zeichnen sich allerdings Fehlentwicklungen im Haushalt ab, die strukturelle Ursachen haben und schon längere Zeit unseren Haushalt belasten. Corona fördert - wie in vielen Bereichen des Lebens - solche Fehlentwicklungen nur schneller zu Tage, legt sozusagen den Finger in die Wunde. Während die Stadtverwaltung kontinuierlich behauptet, dass 2/3 des Haushaltes nicht zu beeinflussen sind, da es sich um Fixausgaben handelt, meinen wir hingegen, dass genau jetzt die Zeit gekommen ist, umzusteuern und bei diesen Fixkosten anzugreifen!

Wichtigster Posten hierbei sind die Personalausgaben. Diese liegen bei knapp 40 Mio., Euro und erreichen damit fast 30 Prozent der Ausgaben. Noch vor drei Jahren betrug deren Anteil 24,5 % am Haushalt. In dieser kurzen Zeit entspricht dies einer Steigerung um 5 %. Eine solche Personalentwicklung, meine Damen und Herren ist, trotz aller Notwendigkeiten und Unausweichlichkeiten, mit denen uns die Stadtverwaltung die Schaffung der neuen Stellen schmackhaft gemacht hat, sehr bedenklich. Keine Firma leistet sich einen solch stark wachsenden Personal-Pool, gilt es doch immer die Finanzierbarkeit vorhandener Stellen zu sichern und die Handlungsfähigkeit für dringend erforderliche Sanierungen und Neuinvestitionen zu erhalten.

Im Zehnjahreszeitraum von 2009 bis 2019 haben sich die Personalausgaben von 19,5 auf 34,9 Mio. Euro gesteigert. Das entspricht annähernd einer 100 prozentigen Zunahme. Die durchschnittliche Steigerungsrate betrug in diesem Zeitraum absolut 1,5 Mio. Euro oder etwa 8 % pro Jahr. Rechnet man mit diesen Steigerungsraten einmal weiter, so ergibt sich in weiteren 5 Jahren ein Posten von ca. 60 Mio. Euro. im Personalbereich. Demgegenüber stagnieren die Einnahmen aus der Gewerbesteuer und liegen mit aktuell ca. 32 Mio. Euro sogar unter dem Durchschnittsniveau der letzten zehn Jahre. Zwar waren die Gewerbesteuererinnahmen mit 58 Mio. in den Jahren 2017 und 18 überdurchschnittlich hoch. Legt man aber den Durchschnittswert der Jahre 2009 bis 2019 zugrunde, der bei 37,6 Mio. Euro liegt, so wird deutlich, dass wir uns weitere Steigerungen bei den Personalausgaben nicht mehr leisten können. Es ist nicht zu erwarten, dass in der momentanen Situation die Gewerbesteuererinnahmen wieder so sprudeln werden, wie wir uns das alle vielleicht erhoffen. Viele Betriebe hängen in unserer Gegend vom Wohlergehen der Automobilindustrie ab. Diese befindet sich aber bereits seit einiger Zeit in einem Strukturwandel, der mit starken Gewinneinbrüchen und Personalkürzungen einher geht. Auch dem Flughafen, einem der Hauptsteuerzahler, stehen keine guten Zeiten bevor. Seit März ist es – abgesehen von einer kurzen Sommersaison – zum beinahe vollständigen Erliegen des Flugverkehrs gekommen. Gleiches gilt für die Messe: auch hier keine Veranstaltungen, kein Umsatz, keine Besucher. Hotels und Gaststätten sind geschlossen, klagen über enorme Gewinneinbrüche. Als Folge davon. Auch Einzelhändler klagen über 50-60 prozentige Umsatzrückgänge.

Die Krise trifft unsere Stadt aufgrund der Sonderstellung mit Flughafen und Messe besonders hart. Vor dieser Situation können wir die Augen nicht verschließen und blindlings weiter machen wie bisher! Wir müssen endlich richtig reagieren. Und richtig heißt, dass wir Handlungsspielräume erhalten müssen. Weitere Ausgabensteigerungen beim Personal werden und können wir als Freie Wähler/FDP-Fraktion nicht mehr mittragen. Stellen müssen noch kritischer hinterfragt werden, bei Neuschaffung muss geklärt werden, ob diese nicht durch Wegfall anderer Stellen ersetzt werden können. Und letztlich fordern wir: Höher als die durchschnittlichen Gewerbesteuererinnahmen aus dem jeweils zurückliegenden Zehnjahreszeitraum sollen die Personalausgaben nicht mehr liegen. Deshalb beantragen wir eine entsprechende Personalkostenbremse in den Haushalt aufzunehmen.

Im Falle unserer Stadt muss dies also heißen: „wir brauchen auch in Zukunft Geld für Investitionen und nicht nur fürs Personal!“

An dieser Stelle könnte ich jetzt die Haushaltsrede beenden. Alles andere ist vor dieser erdrückenden Tatsache nur Beiwerk. Wollen wir auch nur ein wenig noch investieren müssen wir sehen, dass das verbleibende Geld für Investitionen immer weniger wird und von den Personalkosten regelrecht aufgefressen wird. Selbst wenn wir konsequent jetzt keine neuen Stellen mehr schaffen würden, müssten wir doch durch höhere Tarifabschlüsse weiterhin mit Steigerungen rechnen. Ein Durchbrechen dieser Kostenspirale scheint aussichtslos.

Wie wollen wir weiter machen, welche Investitionen opfern wir den Personalausgaben? Schulen, Rathäuser, Schwimmbäder, Straßenbau, Stadtbahnverlängerung, was fällt zuerst hinten runter?

Unser Oberbürgermeister Klenk hat in seiner Rede zur Haushaltseinbringung die Situation ebenfalls erkannt und fordert eine Verbesserung der Einnahmen. Neue Gewerbegebiete sollen Abhilfe schaffen. Doch wann werden Gebiete wie die „Rötlesäcker“ erschlossen sein und wirklich Einnahmen abwerfen und uns helfen? Dies kann 10 Jahre dauern.

Wir sind deshalb überzeugt, dass wir Beides brauchen: ohne neue Einnahmen verbessern wir nichts, deshalb müssen wir die Gewerbeansiedlung weiter im Auge behalten. Aber wir müssen auch sparen. Uns stört, nicht erst seit gestern, dass bei jeder neuen Aufgabe nach einer neuen Stelle gerufen wird. Das geht in Zukunft nicht mehr! Uns ist bewusst, dass wir dann nicht jede Aufgabe erledigen können. Aber vielleicht wollten wir in den letzten Jahren hier einfach zu viel. Wieso muss, wenn eine Ortskernsanierung auf den Weg gebracht wurde, sofort eine weitere im nächsten Stadtteil auch in Angriff genommen werden? Wieso brauchen wir einen eigenen Klimaschutzmanager, wenn diese Aufgabe vom Landkreis erledigt wird? Wieso schaffen wir Assistenzstellen, bevor die Aufgaben und das Arbeitspensum klar sind? Im Zweifel – wenn also nicht mehr alle Investitionen möglich sind – und so wird es leider sein, meine Damen und Herren, müssen wir uns entscheiden. Wir entscheiden uns in dieser Frage klar für solche Investitionen, die dem Bürger den meisten Nutzen bringen. Und in dieser Frage stehen für uns eine Schulsanierung, ein Kitaneubau und ein Hallenbad immer vor dem Neubau zweier neuer Rathäuser. Wir beantragen deshalb, vor dem Hintergrund der dramatisch verschlechterten Einnahmesituation, die Investitionsliste komplett neu aufzurollen und dies in einer Klausurtagung zu klären. Dabei kann und wird es zu schmerzenden Einschnitten im Wunschkonzert der Investitionen kommen. Aber die Marschrichtung ist für uns klar: Bürgerinteressen vor Verwaltungsinteressen, Strukturen hinterfragen, ggf. abspecken, Synergien und Einsparpotentiale herausarbeiten und nutzen, ein zentraler Rathausstandort vor zwei dezentralen.

In dieser Klausurtagung müssen auch Standards hinterfragt werden. Die Kosten müssen in allen Bereichen soweit wir möglich gesenkt werden. Bei Investitions- und Sanierungsvorhaben sind stets Controlling-Ausschüsse zu bilden, denen von jeder Fraktion mindestens ein Mitglied des Gemeinderats angehören sollte. Engmaschige Berichterstattungen sind unumgänglich. Eine E-Mail meiner Fraktionskollegin Friederike Huber an mich soll verdeutlichen was wir meinen. Sie schreibt (Zitat): „ich verstehe nicht, dass wir für die Gestaltung der Mobilitätspunkte entspannt ein Architektenhonorar im sechsstelligen Bereich in Kauf nehmen, um alle Elemente wie Wartehäuschen, Fahrradständer, Stelen, Farbgestaltung und Beschriftung neu entwerfen zu lassen, anstatt auf Katalogware zurückzugreifen. Bei der finalen Planung der Mobilitätspunkte stellt man dann fest, dass alle Elemente, weil Einzelanfertigung, sehr teuer sind und bis auf die Stelen nun doch auf Katalogware zurückgegriffen wird. Oder man gibt mehrere Tausend Euro für neue Sitzmöglichkeiten und die Gestaltung des Neuen Marktes aus, die nicht unbedingt positiv ankommen. Von den Steigerungen bei der Sanierung der Turn- und Festhalle Musberg und den ständigen neuen Stellenwünschen will ich gar nicht erst anfangen. Und trotzdem fehlt uns seit fast 10 Jahren oder länger das Geld für die Sanierung der Schultoiletten an der Goldwiesenschule. Irgendwie habe ich das Gefühl, dass die Stadtverwaltung und der Gemeinderat falsche Prioritäten setzen und lieber ein Bild einer idealen Stadt verfolgen, aber nicht mehr unbedingt zum Wohle der Bürger handeln“, Zitat Ende.

Wir müssen das ändern meinen wir. Und dazu gehört, den Gemeinderat wieder mehr einzubeziehen. Controlling-Ausschüsse sind das eine Element hierbei. Andererseits fordern wir aber auch eine verbesserte Wertschätzung und Wahrnehmung unserer ehrenamtlichen Engagements. Machen Sie sich in der Verwaltung dieses, unser Engagement doch besser zunutze, anstatt uns häufig nur als Gegner zu betrachten, die - wie wir manchmal empfinden - ausgetrickst werden, damit man Vorhaben gut durch den Gemeinderat bringt. Man betrachtet uns vielleicht sogar als lästig, als notwendiges Übel. Wie sonst ist es demnach eigentlich erklärbar, dass die Neuinstallation der

Brandmeldeanlage am IKG – immerhin eine Investition von über 600.000 Euro - am Gemeinderat komplett vorbei geht und erst dann ans Licht kommt, wenn das Rechnungsprüfungsamt Fehler entdeckt und die Nichtanmeldung der Mittel im Haushalt feststellt. Wo sind die Gelder eigentlich her, die wir nie freigegeben haben, aus welchen Quellen speist sich eine solche Investition? Wir erwarten lückenlose Aufklärung und Information über diesen Vorgang.

In dieses Bild passt auch die häufige Wegnahme von Kompetenzen und Entscheidungen aus dem Gemeinderat in die Verwaltung. Nicht nur dass die Summe, über die der Oberbürgermeister allein entscheiden kann in den letzten Jahren erhöht wurde, auch werden häufig dem Gemeinderat Entscheidungsbefugnisse entzogen. So wurde in früheren Jahren über fast jedes Baugesuch entschieden, heute nur noch über die ganz großen. Die Begründung lautet dann oft, dass man nicht schnell genug dem Antragsteller eine Entscheidung mitteilen könne und der Gemeinderat überlastet werde. Jüngstes Beispiel aus dem VKS letzte Woche: Änderung der Hauptsatzung: „die Zuständigkeit für verfahrensfreie Vorhaben im Sinne des § 50 Abs. 1 Landesbauordnung Baden-Württemberg (LBO) soll vom Technischen Ausschuss auf den Oberbürgermeister übertragen werden“. Begründung der Verwaltung: Arbeitsentlastung für die Verwaltung und den technischen Ausschuss. Dass allerdings solche Anträge sehr selten vorkamen- ich kann mich in den letzten 10 Jahren an kaum ein Verfahren erinnern – somit die Arbeitsentlastung minimal, der neuerliche Kompetenzentzug aber eklatant ist, wird kaum gesehen. Wir beantragen deshalb, dem Gemeinderat keine weiteren Kompetenzen zu entziehen und ihn mehr in die Prozesse einzubeziehen.

Abschließend nun noch ein Wort zu den Stadtwerken. Aufgrund der starken Rückgänge bei der Parkierung im P+R-Parkhaus Echterdingen durch den coronabedingten Wegfall von Urlaubs- und Flughafenparkern beantragen wir, die oberen Parkdecks für Anwohner und Beschäftigte kurzfristig zu öffnen und durch Ausgabe von gebührenpflichtigen Jahresparkausweisen für diese Bevölkerungsgruppen die Parksituation zu verbessern und die Einnahmeausfälle dadurch ein wenig zu kompensieren.

Meine sehr verehrten Damen- und Herren, wir sehen nicht nur in diesem Jahr, dass unser Haushalt durch starke konjunkturelle Einflüsse belastet, ja ins Wanken geraten kann. Dies ist bekanntermaßen nichts Neues. In den Jahren 2003 und 2009 haben wir bereits heftige Finanzkrisen überstehen müssen und sind durch entsprechendes, vorsichtiges, aber nicht zaghaftes Handeln vor größeren Defiziten bewahrt worden. Ich vertraue auch diesmal auf unsere Kraft, auf unsere Handlungsstärke, unsere Kreativität und Phantasie, die Dinge positiv zu entwickeln und wiederhole mein Schlusszitat aus dem letzten Jahr von Thomas Mann aus seiner berühmten Rede über den Zustand Deutschlands im Jahr 1945: „Phantasie haben, heißt nicht, sich etwas auszudenken, es heißt sich aus den Dingen etwas zu machen.“

Im Namen unserer Fraktion bedanke ich mich bei allen, die an der Erstellung dieses Haushaltes mitgewirkt haben und die Bearbeitung unserer Anträge übernehmen werden. Und Ihnen allen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

Anträge der Fraktion Freie Wähler / FDP:

- 1.) Keine weiteren Ausgabensteigerung bei den Personalkosten durch:
 - a) kritisches Hinterfragen und Prüfung der Notwendigkeit neuer Stellen
 - b) stete Prüfung der Kompensationsmöglichkeiten von neuen Stellen durch Wegfall anderer Stellen
 - c) Einführung einer generellen Personalkostenbremse im Haushalt. Ziel: Personalkosten dürfen jeweils nicht mehr über der Höhe der durchschnittlichen Einnahmen aus der Gewerbesteuer aus den jeweils zurückliegenden zehn Jahren liegen.

- 2.) Durchführung einer Klausurtagung zur kompletten Neuausrichtung der Investitionen und Verbesserung der Einnahmesituation vor dem Hintergrund der dramatisch verschlechterten Haushaltszahlen. Ziel: Bürgerinteressen im Vordergrund der Investitionen.

- 3.) Bildung von Controlling-Ausschüssen bei Investitionen zur engmaschigen Kostenkontrolle bei Neuinvestitionen und Sanierungsprojekten. Ziel: kritische Prüfung von Standards und Einhaltung von geplanten Investitionsmitteln.

- 4.) Aufklärung über die Vorgänge zur Installation der neuen Brandmeldeanlage am IKG und Informationen zu Maßnahmen zur zukünftigen Verhinderung solcher Vorgänge.

- 5.) Keine weitere Wegnahme von Kompetenzen aus dem Gemeinderat in die Verwaltung und Erhalt der Einbeziehung des Gemeinderats in alle Entscheidungsprozesse wie bisher.

- 6.) Stadtwerke: Öffnung der oberen Parkdecks des P+R-Parkhauses Echterdingen für Anwohner und Beschäftigte gegen gebührenpflichtige Jahresparkausweise zur finanziellen Kompensation des Wegfalls der Flughafen- und Messeparken, sowie zur Verbesserung der Parksituation für die Anwohner im Bereich S-Bahn/Echterdingen Nord.